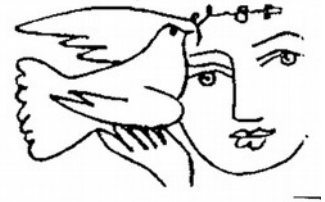


**Pressemitteilung des
Bundesausschuss Friedensratschlag
vom 7.12.2014**



**21. Friedenspolitischer Ratschlag 2014 in Kassel mit reger
Beteiligung**

Annähernd 400 Teilnehmer zählten die Veranstalter bei dem diesjährigen Friedenspolitischen Ratschlag an diesem Wochenende an der Universität Kassel. Die Veranstaltung versteht sich als eine Plattform zur Diskussion aktueller Analysen und der inhaltlichen Vorbereitung notwendiger Friedensaktionen, was mit Referenten aus Wissenschaft und Politik sowie friedenspolitisch Aktiven erfolgt. Letzere stehen für mehr als 150 örtliche und regionale Friedensinitiativen sowie bundesweite Organisationen, die sich einer Politik für den Frieden verpflichtet sehen. Mit einem Programm von insgesamt 34 Plenumsvorträgen, parallelen Foren, Workshops und Diskussionsrunden wurde die gesamte Bandbreite friedenspolitischer Themen diskutiert und überlegt, welche Forderungen und Aktivitäten die Friedensbewegung voran bringen. Vom Ukraine-Konflikt über den IS-Terror bis hin zu andauernden Interventionskriegen wurden Alternativen erörtert, wie dieser Eskalation zum permanenten Krieg eine Politik für den Frieden entgegen gesetzt werden kann. Dazu gehörte auch die Diskussion über politische Aktionsschwerpunkte des nächsten Jahres, insbesondere den 70. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg zum 8. Mai 2015. Im Hinblick darauf wird es vielfältige Aktionen geben.

Im Vorfeld dazu wurde von dem Bundesausschuss Friedensratschlag ein aktueller 15-Punkte-Katalog mit Friedenspolitischen Forderungen für 2015 beschlossen und den Teilnehmern der Veranstaltung als Leitfaden und Arbeitsgrundlage für Aktionen im nächsten Jahr unterbreitet. Unter anderem sind darin Forderungen zu den Konfliktherden in der Ukraine und dem Nahen Osten enthalten, sowie gegen Bundeswehr-Auslandseinsätzen, Kampfdrohnen und Rüstungsexporte.

Am Abschluss des Kongresses stand eine Resolution, die sich unter der Überschrift „Gemeinsame Sicherheit statt Konfrontation“ als dringender Appell an die politisch Verantwortlichen in Regierung und Politik wendet.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag: Lühr Henken, Karl-Heinz Peil

Weitere Infos: www.friedensratschlag.de

Mail: bundesausschuss@friedensratschlag.de

Kassel, den 7.12.2014